

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig,
des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Nr. 319.

Donnerstag 26. Juni 1902.

96. Jahrgang.

Der Dank Sr. Majestät des Königs und Ihrer Majestät der Königin-Wittwe.

Bei dem hinschenden Thiele des Königs Albert, Meines hochgelieben Herrn Bruders, sowie aus Anlass Meines Regierungskontrastes und mir aus allen Teilen des Landes, aus allen Kreisen Meines Volkes zahlreiche Beweise aufrichtiger Liebe und Treue zugesungen. Für alle diese Kundgebungen, die Meinem Herzen wohlgethan haben, spreche Ich Meinen tiefsinnenden Dank aus.

Dresden, 24. Juni 1902.

(gel.) Georg.

Für die zahlreichen und wohlsinnenden Kundgebungen aufrichtiger Theilnahme und ründerer Treue, die in diesen schweren Zeiten von Privatpersonen und Abgeordneten an Mich gelangt sind, sage Ich Allen Meinen tiefgründigsten Dank.

Dresden, 24. Juni 1902.

(gel.) Carola.

Nochmals Herr v. Thielen.

Man muß sterben, um gelobt zu werden, und wenn man Minister ist, muß man wenigstens aus dem Amt scheiden, um Angenehm über sich zu hören und zu leben. Den ganz großen wird freilich auch das nicht zu thun. Den füchten Bismarck bei der Hof in den Ruhestand begleitet und schreibt noch heute nicht vor seiner Brust, und Herzog v. Miquel erging und erachtet es nicht kostet. Dagegen darf Herr v. Thielen mit seinem Abgang zufrieden sein. Bei seinem ministeriellen Verzetteln hat die niemals die Dinge gegen einander abmähten demokratische Rhetorik die preußische Eisenbahnverwaltung als eine sämmtlich berechtigten Belehrerinteressen kontumaciale Stelle unangemessen gebrandmarkt, und Ausländer, die in freiesmäßigen Blättern die därfüllten Bilder von der Verwaltungsfähigkeit Thielen's entworfen haben, konnten die Vorstellung gewinnen, die preußischen Eisenbahnen seien eine vom Staat lediglich als Einsparungsquelle betrachtete, hinter den Haupthaushaltsummitteln anderer Länder weit jenseitigste Orientierung. Und die Ausländer gewannen auch, wie man sich oft überzeugen konnte, diese Vorstellung, die häufig erst einer anderen Auffassung Platz mache, wenn die „Informatoren“ ihr Werk nach Preußen führt. Nun Herr v. Thielen als Person im „Reichsanziger“ steht, findet er allgemeine Anerkennung, im Ganzen wie in den meisten Einzelheiten seiner Amtsführung, auch auf dem Gebiete der öffentlichen Bauten, des Wasserbaus u. c. Ein Blatt, das genutzt war, mindestens aller vier Wochen den obersten Eisenbahnchef das bekannte Wort von der „Welt im Reiche des Reiches“ als von ihm stets missachtet in die Löden zu schreiben, — dieses Blatt geht so weit, sich zur Würdigung der Würdekeit des auf dem Amt Scheidenden einen ausdruckslos auskundenden Nachruf einer Korrespondenz anzugeben.

Auch wir haben diese Charakteristik der Leistungen des Herrn v. Thielen verständlicht, weil sie, wenn auch etwas rassisches grapiert, in allem Wesentlichen den Thatjahren entspricht. Wenn trotz aller gegenwärtigen Versicherungen andere deutsche Eisenbahnverwaltungen Urlaufen zu klagen als die preußische gebaut haben müssen, so verantwortlich wie uns, daß Herr v. Thielen eben preußischer Eisenbahnminister gewesen ist. Von Standpunkte seines Landes und von dem Pfeiffen geschen, dessen Eisenbahnen unter ihm — was allerdings in erster Reihe Miquel's Verdienst — in engste Verwaltungsbziehung zu dem preußischen Reichsamt des großen Staates gebracht wurden, hinterließ der in den Ruhestand getretene ein gehärtiges, vorbildliches Reformwerk. Immer wird eine Eisenbahnverwaltung, von der jeder etwas Anderses will, zu wünschen übrig lassen, aber die preußische ist, nachdem der fast genial zu nennende Vorgänger Maybach die Voraussetzung für ein neues System geschaffen, verkehrspolitisch gut und sie ist verhältnismäßig billig geworden.

Peutereis ist zum guten Theil auch ein auf das große Hatten-Gonto des Herrn v. Miquel zu fürrührenden Geheim. Der bedeutende preußische Finanzminister vertritt es, wenn es sich um Ausgaben handelt, die Hände in den Taschen des Collegen von den „öffentlichen Arbeiten“ spielen zu lassen, und wenn dabei vielleicht manchmal etwas zu sehr gefordert wurde; Preußen als Staat und die preußische Vollstaatlichkeit rüsten diese geliebte Sparfamilie, die sich übrigens daupräsidial in der aus dem Berlitz direkt zu Städten kommenden Vereinigung des Berlitz gezeigt mache, segnen. Wenn Preußen immer noch der bestgestellte unter den deutschen Staaten ist, so hat er dies in erster Reihe seiner Eisenbahnpolitik zu danken. Vollstaatlichkeit aber führt die unter Thielen er-

folgte stunnenschwere Erweiterung des Eisenbahnnetzes schwer ins Gewicht, sie ist auch von höchster socialpolitischer Bedeutung, denn die ungebundenen Straßen, Neben- wie Kleinbahnen, die erbaut wurden, lamen vor Allem dem Klein- und dem Mittelbau zu Gute und ihre Entwicklung ist insofern eine sozial-politische Leistung ersten Ranges. Die Landwirtschaft wird aus diesen neuen Verkehrswegen unbedenkbar großen Nutzen ziehen. Diese umfassende Verbesserung des besten Transportmittels wäre aber nicht möglich gewesen, wenn nicht möglichst billig verwaltet, möglichst billig gebaut und wenn dann den übertriebenen Forderungen nach Tarifermäßigungen — derartige Wünsche haben reichlich Erfüllung gefunden — nicht ein festes Widerstand entgegengesetzt worden wäre. Es kann dem Scheidenden Minister kein höheres Lob gegeben werden, als durch das von uns im Donnerstag-Morgenblatt wiedergegebene, von dem Chef der württembergischen Verkehrsabteilung entworffene Bild von dem gegenwärtigen Schicksal der Eisenbahnverwaltungen, die — anders verfahren sind.

Herrn von Thielen ist allerdings das Glück hold gewesen.

Er hatte, wie schon mehrmals hervorgehoben, eine Stütze und

gelegentlich einen wohltätigen Helfer an Herrn v. Miquel,

und der große wirtschaftliche Aufschwung, der den Minister leider überlebt hat, half ihm trotz absoluter Mehraufwendungen die großen Überhäufungen zu tragen. Er war auch insofern von Geduld freundlich bedacht, als er elf Jahre lang — eine unter dem neuen Kurfürst nicht erwölkte Zeit — warten und somit seine Pläne aufstellen lassen und consequent durchführen konnte. Und nun er geht, geht er in der Tat freiwillig, weil er über solzig Jahre alt ist und sich nicht mehr ganz frisch fühlt. Das ist in den letzten zwölf Jahren auch noch nicht dagewesen. Sein Nachfolger ist verkehrspolitisch, im Grunde — wenn er auch Chef der Eisenbahnabteilung im Großen Generalstab gewesen — auch verkehrstechnisch ein unbeschriebenes Blatt. Man weiß von ihm nur, daß er den Bau des Mittellandkanals mit nicht geringerer Sorgfalt, als für die Vorbereitung in dieser Angelegenheit benötigt, betrieben wird. Es scheint allerdings die Vermutung Gewissheit geworden zu sein, daß in der nächsten Session nur ein Theil der wasserwirtschaftlichen Vorlage eingebracht werden soll, insbesondere über den Mittellandkanal nicht. Das wäre ein sehr klug Verfahren, das dem neuen Minister den Aufschwung erheblich erleichtern und für die Gesamtstadt politisch gute Früchte bringen würde. Herr Budde, um das zu wiederholen, war Minister und trat aus einer laufmännischen Stellung ins Ministerium. Aufschwung wird man von ihm also nicht zu befürchten haben, vorausgesetzt, daß er im Stande ist, Herr in seinem Reicht zu werden.

Die beiden Zweibünde im fernen Osten.

Aus Tokio, 22. Mai, schreibt man uns:

Noch nie hat der Hafen von Yokohama so viele große Kriegsschiffe beherbergt, wie gegenwärtig. Die Engländer haben die besten Schiffe, die sie in China haben, darunter 4 Schlachtkreuzer von je 12 000 Tonnen, zwei Schiffe ihrer Bundesgenossen aus Hongkong herübergeschickt. Zwei japanische Schlachtkreuzer von über 15 000 Tonnen und zwei Kreuzer leisten ihnen Gesellschaft. An Aufmerksamkeiten für Offiziere und Mannschaften lassen es die gesetzlichen Japaner natürlich nicht fehlen. Gelegentlich der Besichtigungen, die den verbündeten Flotten in der Bucht und in tauwähnlichen Kreisen entgegengebracht wird, ließ die Regierung auch ihre Flottille vermehrungsvoll aufstellen. Sie will Neubauwerke in Höhe von 100 000 Tonnen vorstellen, darunter 2 Schlachtkreuzer ersten Ranges und zwei Kreuzer, sowohl aber nur Torpedoboot und Torpedobootsjäger, an denen die japanische Marine allerdings verhältnismäßig arm ist. Der Anteil für das Maß des Niederseewerthes bildet die Tonnenzahl, mit denen Russland, Frankreich und Deutschland im Osten ihre Flotte haben wollen. Ihre Gesamtmasse soll England und Japan um circa 50 000 Tonnen überlegen bleiben. Die sehr bewußte Haltung der französischen und russischen Politik in Tongking und Siam hat hier höchst Verdacht erhoben, als ob Frankreich auch bei der mit Russland gemeinsamen Erstellung nur die Abhöfe gehabt habe, Russland einen billigen Freundschaftsdienst zu erwirken. Noch gewöhnt sich das japanische Publikum schwer daran, seinen Besitzkreis auch über Südchina auszudehnen.

In Korea machen sich die japanfreundlichen radikal-revolutionären Politiker wieder der Regierung stößig, die vor den Verbannungen, die in Japan ein Kap gefunden haben, übermäßige Furcht am den Tag legt. Der japanischen Anfrage, wann denn die seit 1890 in Korea gemeldeten Japaner und ihre Familien entshäftigt werden sollen, hat die koreanische Regierung früher geantwortet: „Niemand.“ Sie hat sogar die Courage gehabt, anzudeuten, daß sie bei weiterem Drängen mit einer Forderung für ihre von Japanern unter Theilnahme des japanischen Gesandten Iwamori Murata erworbene Königin kommen werde. Das Gleiche gilt der beiden für Chatten proklamierten Zweibünde, läßt die Vergangenheit in wahrem Richte erscheinen.

Die Käufe, die jetzt in die diplomatischen Kämpfe gekommen sind, gleich dem Coblenzer Kasarsa die nötige Muße,

um einige Hauptstädte der Provinz zu verwalten abzustellen. Wie in Tokio, so ist auch in Nagoya die Corruption der Localbeamten an's Licht gezeigt worden; drei der Hauptbeamten haben sich bereits das Leben genommen, etwa 30 sind im Gefängnis. In Shizuoka und in Nagoya unterliegen ähnliche Scandale der richterlichen Behandlung. Das wird in anderen Verwaltungen einen heilsamen Schrecken verbreiten; denn die Japaner machen daraus kein Hehl, daß überall „mehr oder weniger“ die Corruption der Meiji-Periode (d. h. der Neugier) eingedrungen ist. Die vom Kriegsgericht freigesprochenen Offiziere, die in China geplündert haben sollen, sind verabschiedet worden. Die Krebspiraten, die in Japan ihre Türe sehr leicht schreiten, weil man hier nach Bequemlichkeit und nicht nach persönlichem Ehre und Willensentscheidungen trifft, haben in der Polizei unzählliche Verfolgungen gefunden. Den Abusus, die dumme Seite zu ausführlichen Procesen verleiten, will man das Handwerk ebenfalls legen. Die moralische Laxheit in öffentlichen Angelegenheiten, die in dem ermordeten Hoshi-Toru ihren Höhepunkt erreichte, wird also jetzt als Krebs-Schaden der politischen Entwicklung Japans erkannt. Offiziell steht diese Reaction beharrlich weiter, während doch solche Momente der Reue und Zerknirschung hier zu Ende schnell vorübergehen. Die Illüse der Credito-Losigkeit, unter der das Land schon so lange leidet, während Rückland in Berlin leicht vielmals so viel gelehen bekommen, wie Japan in New York verweigert wurde, hat ohne Zweifel auf die leitenden Kreise Eindruck gemacht.

Deutsches Reich.

Berlin, 25. Juni. (Centrum und Polen.) Die offizielle Kritik des „Kurier Poznański“ an der preußischen Centrumspartei läßt die kleinste Köln. Volkszeitung nicht zur Ruhe kommen. Sie veröffentlicht eine zweite Auflage aus parlamentarischen Kreisen, in der ein politischer Rückblick und ein politischer Ausblick am bemerkenswerten sind. Der Rückblick betrifft in der leidet nur zu wahren Erklärung, daß das Centrum „steht“ den Polen ein treuer Bündesgenosse gewesen sei, der sie „nie“ im Stich gelassen habe. Der politische Ausblick aber besteht in der Ankündigung: „Die Centrumspartei wird nach wie vor die Polenabegabung bekämpfen aus Gründen der Verfassung, des Rechts, und nicht minder auch aus konfessionellen Gründen, welche mit zwingender Notwendigkeit die Solidarität der gesammten katholischen Bevölkerung Deutschlands erfordern.“ Durchkreuzt wird die ausgesprochene Absicht „unterwegs“ durch die laizistische „Rhein. Volksstimme“. Dieses Blatt veröffentlicht an leitender Stelle das Stenogramm der Reden, die jüngst im Herrenhaus bei der Verabschiebung der Polenvorlage von den Katholiken Graf Rose und Graf Hoensbroch gehalten wurden, indem es folgende charakteristische Bemerkung voranschlägt: „Ein Wahlrecht des Centrums lautet bekanntlich: Im Katholizismus Einheit, im Sozialismus Freiheit. Zu letzterem gehört die Polenvorlage, zu der z. B. Graf Rose-Darsfeld sich im günstigsten Sinne geäußert hat. Um unsere Freiheit über die Freunde, die für und gegen die Vorlage sprechen, zu unterrichten, geben wir beide Reden im Stenogramm wieder.“ So ist ein höchst erfreulicher Rückblick, daß die Rhein. Volksstimme die Polenvorlage zu den Kräften „zweifelhafter“ Art rechnet, betrifft deren die Mitglieder der Centrumspartei „freiheit“ beanspruchen dürfen. Die Haltung des Herrenhausmitgliedes Grafen Hoensbroch hat diese sehr bewußte Auflösung des niederschlesischen katholischen Blattes ohne Zweifel beeindruckt. Da die „Rhein. Volksstimme“ die lezte Polenvorlage von vor einigen Wochen mit Gründen, wie sie der Centrumspartei geläufig sind, bekämpft, erfreut die Schwung der genannten Blätter doppelt beachtenswert. Unkraut liegt hier ein Werkzeug dafür vor, daß auch in den Reihen der katholischen Massen die Erkenntnis über das Wesen der politischen Frage zu dämmern beginnt.

Berlin, 25. Juni. Für die Bekämpfung der Geschlechterfrankheiten in Deutschland ist das Ergebnis der Umfrage über die Verbreitung dieser Leiden, die am 30. April 1900 bei den preußischen Ärzten veranstaltet wurde, von Interesse. Prof. Dr. Guttstadt, der die Umfrage bearbeitet hat, faßt die Ergebnisse dahin zusammen: Von den 14 507 Ärzten, denen die im Ministerium entworffene Statistik gezeigt wurden, haben 9 204 — 63,4% d. Ä. Antworten eingeholt. Nach den Berechnungen auf Grund dieser beantworteten Befragten befinden sich am 30. April 1900 von je 10 000 erwachsenen Personen im ganzen Staat überwiegend 18,46, von männlichen 28,30, von weiblichen 9,24 wegen Geschlechterfrankheiten in Behandlung approbierte Ärzte. Die Verbreitung des weiblichen Geschlechts war also bedeutend größer als diejenige des männlichen. Die relative größte Krankenzahl, nämlich — auf je 10 000 berechnet — 141,94 männlich und 45,73 weibliche Frauen, hatte Berlin aufzuweisen. Von den Begegnungsärzten folgte Köln mit 58,91 männlichen und 19,44 weiblichen Frauen, dann Wiesbaden mit 57,17 bzw. 15,96, Düsseldorf mit 44,61 bzw. 10,27,